

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Drosselstraße Leipzig 23614

Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...
Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...
Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...



Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...
Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...
Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt...
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 102.

Dienstag den 3. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Kinderreichen, bedürftigen Familien stehen zu halben Preisen **Mädchen- und Knabenhemden** sowie **Erstlingswäsche** zur Verfügung. Anmeldungen zum Besuche sind am 3. und 4. Mai im Zimmer Nr. 2, wo auch Muster ausliegen, zu bewirken.
Wilsdruff, am 1. Mai 1921.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden der American Relief Administration European Children Fund, Robert Hoover, ein Dankschreiben für die Hilfe, welche notleidenden deutschen Familien vom amerikanischen Hilfskomitee zuteil geworden ist.
- * Ein Rücktrittsgesuch des Ministers Dr. Simons ist vom Reichspräsidenten nicht genehmigt worden. Simons bleibt bis auf weiteres im Amt.
- * Die interalliierte Rheinlandkommission hat den deutschen Reichskommissar v. Starck ausgewiesen.
- * Der preussische Staatsrat tritt am 6. Mai zu seiner ersten Sitzung zusammen.
- * Der Vertreter Sowjetrusslands in Berlin, Wiktor Kopp, tritt von seinem Posten zurück.

Ministersturz?

Aus Berliner unterrichteten Kreisen wird uns über die innerpolitische Lage beim Wochenbeginn geschrieben: Anscheinend, weil es uns noch immer nicht schlecht genug geht, soll zur näheren Kritik, die uns mit dem Leben bedroht, nun auch noch das Dasein des Reichskabinetts in Frage gestellt werden. Die Gebärdenständer und Schlüssel-Lochhörer hatten es diesmal allerdings nicht sonderlich schwer, ihrem Gewerbe nachzugehen. Denn daß ihm die Fortführung seines Amtes keine Freude mehr macht, damit hat Herr Dr. Simons schon seit Wochen nicht hinter dem Berge gehalten. Sein Erholungsurlaub in der Schweiz war wirklich kein Luxus, und da er überdies auch dorthin die Sorgen und Nöten seines Amtes mitnahm, war es kein Wunder, daß seine Gesundheit sehr bald nach Wiederaufnahme der Geschäfte dem Dienst von neuem zu versagen drohte. Die wiederholten Enttäuschungen bei dem Versuch, neutrale Mächte zugunsten eines Eingreifens zu gewinnen, die Aufregungen bei der auf eigene Faust unternommenen Vermittlungsaktion in Washington machte dann Herr Dr. Simons schon des öfteren die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gezeigt haben. Und so entschloß er sich, zumal die öffentliche Meinung in Deutschland, die ihn nach seiner Rückkehr aus London mit einer gewissen Begierde begrüßt hatte, sich jetzt sehr kritisch zu verhalten begann, unmittelbar vor Abendung der deutschen Vorschläge nach Washington sein Abschiedsgesuch einzureichen. Herr Zehrenbach hielt es für richtig, es zunächst einmal liegen zu lassen, und nach dem verhältnismäßig günstigen Verlauf der Reichstagsdebatte über die Note an Harding wurde es vom Reichspräsidenten, dem Antrage des Kanzlers entsprechend, abgelehnt.

Aber damit ist das letzte Wort über das Gehen oder Verbleiben des Außenministers im Amt durchaus noch nicht gesprochen. Maßgebende Reichstagsparteien sollen vielmehr, ob man die schwebende Vermittlungsaktion noch zu einem Ergebnis führt oder nicht, entschlossen sein, in absehbarer Zeit bestimmte persönliche Folgerungen aus den Erfahrungen dieser Lage zu ziehen. In parlamentarischen Kreisen wird nicht weniger als Dr. Simons auch der Reichskanzler selbst für mangelnde Aktivität unserer Politik verantwortlich gemacht. Man hatte erwartet, daß Herr Zehrenbach im Reichstage den Außenminister unterstützen werde, statt dessen hat er seinen viel angegriffenen Kollegen sich selbst überlassen, obwohl beider Namen unter der ersten Note an Harding zu finden waren. Man will sogar die Beobachtung gemacht haben, daß Herr Dr. Simons genötigt sei, zu seinen ohnedies nicht geringen Amtsgeschäften auch noch die Führung der allgemeinen Politik mehr und mehr auf sich zu nehmen. Eine Belastung, der heutzutage kaum noch ein Sterblicher gewachsen sein kann. Und endlich wird von Leuten, die in diesen Tagen hinter die Kulissen zu sehen Gelegenheit hatten, behauptet, daß auch die wichtigsten Fachminister bei Ausarbeitung der Vorschläge für Harding so ziemlich versagt hätten. Genannt werden in dieser Beziehung der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, der Reichsfinanzminister Dr. Birtz, und auch der Reichspostminister Sieberitz muß, obwohl an diesen Facharbeiten nicht unmittelbar beteiligt, mancherlei Äußerungen der Unzufriedenheit über sich ergehen lassen.

Als Regierungskrisis so ziemlich auf der ganzen Linie. Betroffen werden davon in erster Reihe die vom Zentrum und die von der Deutschen Volkspartei gestellten Mitglieder des Reichskabinetts, und es kann nicht ausbleiben, daß für die Frage der Neubildung die aller verschiedenartigsten Vermutungen aufstauen. Als treibender Faktor für den Sturz des gegenwärtigen Kabinetts wird auf der einen Seite der Abgeordnete Schiffer, auf der anderen Seite der Abgeordnete Stresemann genannt. Die große Reichstagsrede dieses Führers der Deutschen Volkspartei war schon allgemein angefallen wegen ihres maßvollen

Tons und ihrer großen Jurisprudenz. Trotzdem verfiel Herr Stresemann durchaus nicht den Gedanken, seine gegenwärtige Stellung mit irgendwelchen amtlichen Aufgaben einzutauschen. Bei Herrn Schiffer liegt es wohl anders, zumal er ja bereits einmal stellvertretender Reichskanzler gewesen ist. Doch fehlt es natürlich auch nicht an Namensnennungen außerhalb der engeren Parlamentstriebe. Man hört Ränner wie den Oberpräsidenten von Hessen-Kassau, Dr. Schwander, den Geheimrat Wedefeldt als kommende Persönlichkeiten namhaft machen. Ja, auch davon ist sogar die Rede, daß der eben erst zum preussischen Ministerpräsidenten gewählte Herr Siegelwald an die Spitze der Reichsregierung berufen werden solle.

Kein Zweifel, daß hier Wahres mit Falschem reichlich durcheinander gemischt wird. Für den Augenblick läßt sich mit Sicherheit wohl nur das eine sagen, daß die maßgebenden Parteien gewillt sind, in naher Zeit dem Reiche eine andere Führung zu geben. Ob unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition oder unter Erweiterung nach links oder nach rechts, darüber sind die Würfel noch nicht gefallen.

Herr Briand ist unausgesetzt bemüht, dem deutschen Volke vorzureden, daß die gegenwärtige Regierung von der Entente als ungeeignete Führerin auf dem dornigen Wege betrachtet werde, der uns geblieben ist. Nur verzögert er hinzuzufügen, warum er und seine Genossen mit den früheren Regierungen des Deutschen Reiches nicht weniger grausam und rücksichtslos umgesprungen sind. Wir haben allen Grund, ausdauernden Einflüssen dieser Art bei den Überlegungen, die jetzt angefaßt werden müssen, unser Ohr zu verschließen. Vielleicht ist es doch am raschesten, mit inneren Krisenlösungen zu warten, bis die Entente in der Wiederherstellungsfrage ihr letztes Wort gesprochen hat.

Eine halbamtliche Erklärung.

Zu den Gerüchten über die Kabinettskrise wird von zuständiger Stelle folgende Mitteilung veröffentlicht: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten ein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für den Entschluß des Ministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister zugleich bereit erklärt, die Geschäfte seines Ressorts vorläufig weiterzuführen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Reichsministers über die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen billigt, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt hat, daß die Volkvertretung in ihrer großen Mehrheit diese Fortführung wünscht.

Ein englischer Vorschlag.

42 Jahreszahlungen.
Wie aus London gemeldet wird, hat der englische Kriegsminister vorgeschlagen, an die deutsche Regierung eine dringende Aufforderung zu richten mit einer Woche Frist, 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark anzunehmen sowie veränderliche Jahreszahlungen in Höhe von 25 Prozent der deutschen Ausfuhr. Louchet bekämpfte diese Anregung. Seine Ausführungen beeinflussten die Engländer aufs lebhafteste. Die Belgier setzten sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein. Briand wird die Notwendigkeit unverzüglicher Maßnahmen vertreten. Erst in der Folge könnten die Verhandlungsregierungen einen letzten Schritt der Bereinigung tun, indem sie das vorgeschlagene Ultimatum an Deutschland richtete. Wahrscheinlich wird dieses Vorgehen denn auch zum Schluß angewandt werden.

Deutschland lehnt die Mitberatung ab.

Die Pariser Reparationskommission hat nach Aufstellung ihrer Schlussrechnung von 132 Milliarden Goldmark die deutsche Kriegslastenkommission in Paris aufgefordert, an den Beratungen zur Erwirkung des Zahlungsplans teilzunehmen. Die Kriegslastenkommission hat darauf in einer langen Note geantwortet, in der sie zunächst noch einmal alle ihre Einwände bezüglich der Errechnung und ganz unzulänglichen Überprüfung der einzelnen Schadensrechnungen wiederholt, und dann auf die neue Einladung folgendes erwidert:

Nach dem mir von der deutschen Regierung erteilten Aufweckungen sehe ich mich nicht in der Lage, am 29. April über den Zahlungsplan zu verhandeln. Die deutsche Regierung hat ihre Bedenken über die Lösung des Reparationsproblems den Konferenzen in Spa, Brüssel und London unterbreiten lassen und hat vor wenigen Tagen der amerikanischen Regierung

einen neuen Plan übermittelt, auf welchen eine Antwort noch aussteht. Die deutsche Regierung möchte es unter diesen Umständen zunächst der Reparationskommission überlassen, ihrerseits einen Plan aufzustellen, hinsichtlich dessen sie jedoch alle Vorbehalte macht. Sie verweist dabei auf die bei den Verhandlungen über die Höhe der Entschädigungssumme von ihren Vertretern abgegebenen Erklärungen, in welchen gegen die Unzulänglichkeit der ihr zur Prüfung der Entschädigungsforderungen gegebenen Zeit und gegen die Unzulänglichkeit der Unterlagen dieser Forderungen wiederholt Verwahrung eingelegt worden ist. Sie muß diese Verwahrung auch darauf erstrecken, daß die Reparationskommission trotz der Bedeutung der Angelegenheit eine Frist von 24 Stunden (!) für ausreichend erachtet hat, um der deutschen Regierung die Instruktion ihrer Pariser Vertreter zu erteilen. In der Sitzung der Reparationskommission vom 29. April ist der deutsche Vertreter nicht erschienen.

Die Forderung der Reparationskommission auf Überführung des Reichsbankgoldes nach Paris hat die deutsche Kriegslastenkommission mit einer Note beantwortet, in der auf das Angebot einer Milliarde in den an Amerika übermittelten Vorschlägen hingewiesen ist, sowie auf das vom Reichstage genehmigte Gesetz, das die Verfügung über das Gold der Reichsbank bis zum 31. Oktober 1921 verbietet. Die Note schließt mit der Annahme, daß damit die Forderung der Reparationskommission sich erledige.

Französische Drohungen.

Die französische Kammer hat mit 145 gegen 73 Stimmen einen von dem Berichterstatter des Heeresauschusses eingebrachten Gesetzentwurf angenommen, der bestimmt, daß jeder Soldat der Reserve sich für sechs, zwölf oder achtzehn Monate dem Heere verpflichten kann ohne Rücksicht darauf, wie lange er beim Heere gedient hat und welche Zeit seit seiner Entlassung aus dem Heere verstrichen ist. Bei der Begründung dieses Antrages wurde offen zugetan, daß er mit Rücksicht auf die bevorstehenden Ereignisse eingebracht worden sei. Kriegsminister Vauquois stimmte dem Entwurf unter dem besonderen Hinweis zu, daß er unter den gegenwärtigen Umständen sehr nützlich sein könne.

Das Programm des Obersten Rates.

Nach Berichten aus Paris haben 6 verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rates: 1. die Frage des Ultimatum; hier sei der Standpunkt der Franzosen, daß das Datum des 1. Mai schon an und für sich eine Art Ultimatum darstelle; 2. das Abkommen von Paris; die Engländer wollten seine Forderung herabsetzen, die Franzosen darüber hinausgehen, um auf das Niveau zu gelangen, das die Reparationskommission festgesetzt habe; 3. die Frage der 12 Milliarden Restschuld aus Artikel 235; 4. die Befegung des Ruhrgebietes, das französischerseits nicht als ein Druckmittel, sondern als ein dauerhaftes Pfand für die regelmäßige Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen werde. In London glaube man jedoch nicht, daß die Verbündeten in der Lage sein werden, mit Nutzen das Ruhrgebiet auszubenten; 5. seien die Einzelheiten der Befegung des Ruhrgebietes vorgegeben; 6. abgesehen davon, ständen die belgischen und französischen Minister auf dem Standpunkt, daß die Befegung nicht nur wegen köstlichen Willens in der Reparationsangelegenheit, sondern auch wegen Verletzungen in der Entwaffnungsfrage erfolgen müßte.

Politische Rundschau.

„Nur mehr eine kommunistische Seite.“
Außschließlich seines Ausscheidens aus der kommunistischen Partei veröffentlicht der Landtagsabgeordnete und Bezirkssekretär für Wertheburg-Anhalt, Bruno Hötige aus Wertheburg, einen Aufsatz, in dem er als Eingeweihter in der Organisation der kommunistischen Partei mitteilt, daß die kommunistische Partei in Deutschland heute nur mehr eine Sekte sei. Selbst in Anhalt, wo die Partei stärker gewesen sei als in fast allen anderen Gebieten Deutschlands, seien Massenaustritte erfolgt. Es lägen Abmeldungen ganzer Ortsvereine vor.

Die Toten der ober-schlesischen Abstimmung.

Ein Aufruf des Hilfskomitees für die deutschen Geschädigten in Oberschlesien führt 74 Ober-schlesier mit Namen auf, die vor und während des Abstimmungskampfes durch Gewalttaten polnischer Ganakker ums Leben kamen.

Amerika.

Ein Ultimatum an Panama. Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Hughes an die Regierung von Panama eine neuerliche Note gerichtet hat, die den Charakter eines Ultimatum trägt und in der Panama aufgefordert wird, sich dem amerikanischen Schiedsspruch zu unterwerfen. Andernfalls würden die Vereinigten Staaten einmarschieren.